

Das Recht auf gleiche Bildungschancen ist nicht verhandelbar – Für das Recht auf eine Schule für alle in Berlin!

Gemeinsame Stellungnahme der gewählten Mitglieder des Landesbeirats, des Migrationsrats Berlin e.V. und des Flüchtlingsrats Berlin zur Sonderbeschulung von geflüchteten Kindern in LAF-Unterkünften in Berlin

Die gewählten Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation, der Migrationsrat Berlin e.V. und der Flüchtlingsrat Berlin schließen sich dem [Beschluss des Berliner Landesbeirats für Partizipation zur Bildungsgerechtigkeit für geflüchtete Kinder und Jugendliche](#) vom 16. April 2024 an.

In seinem Beschluss ruft der Landesbeirat die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) sowie die Mitglieder des Senats dringend dazu auf, die unter Senatorin Günther-Wünsch Anfang 2024 eingeführte Sonderbeschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen in Erstaufnahmeeinrichtungen und LAF-Unterkünften sowie der Unterkunft in Tegel zu beenden und stattdessen schnellstmöglich partizipative Maßnahmen zu entwickeln, damit geflüchtete Kinder und Jugendliche Zugang zu gleichen Bildungschancen erhalten und in Regelschulen beschult werden können, wie es ihnen durch das Berliner Schulgesetz und die UN- Kinderrechtskonvention sowie das Landesantidiskriminierungsgesetz (LADG) zusteht.

Berlin ist eine Stadt der Vielfalt, in der Partizipation großgeschrieben wird

Die Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und der gesamte Senat müssen sicherstellen, dass vor allem institutionelle Chancenungleichheiten mit der Sonderbeschulung, die ausschließlich geflüchtete Kinder betreffen, abgebaut werden. **Die Sonderbeschulung ist eine deutliche Absage an das Versprechen der Chancengleichheit.** Diese politische Stoßrichtung der strukturellen Desintegration entspricht nicht dem Anspruch des LADG, das 2020 in Kraft getreten ist. Stattdessen verstärkt sie institutionelle Diskriminierung für ohnehin vulnerable und traumatisierte Gruppen wie geflüchtete Kinder, Jugendliche und ihre Familien.

«Es ist erschreckend, dass statt eines verbesserten Zugangs zum Schulsystem Sonderbeschulungen in Massenunterkünften wie in Tegel eingeführt werden. Das Ziel muss sein, Kinder aus den schwierigen Unterkünften ohne kindergerechte Strukturen herauszuholen und sie nicht in Sonderschulen den ganzen Tag einzuschließen», sagt **Alina Lange**, gewähltes Mitglied des Landesbeirats für Partizipation.

«Das ist diskriminierend und unzumutbar. Geflüchtete Kinder haben – wie alle jungen Menschen – das Recht auf zukunftsfähige und diskriminierungsfreie schulische Bildung und damit auch das Recht auf Teilhabe am regulären Schulalltag. Der Senat riskiert durch die diskriminierende Ungleichbehandlung den Bildungserfolg der Kinder und verzögert und verschlechtert mit jedem Tag ihre Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben», fügt **Ed Greve** vom Migrationsrat Berlin e.V. hinzu.

Deshalb lehnen die gewählten Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation, die den Berliner Senat zu Fragen der Partizipation von Menschen mit Migrationsgeschichte beraten, der Migrationsrat Berlin e.V. als Dachverband von annähernd 90 Migrant:innen-Selbstorganisationen und der Flüchtlingsrat Berlin als Organisation, die sich für die Menschenrechte und den Schutz von Geflüchteten in Berlin und deutschlandweit einsetzen, die aktuellen bildungspolitischen Maßnahmen und Pläne der Bildungsver-

waltung kategorisch ab, Sonderbeschulungen in menschenunwürdigen Erstaufnahmeeinrichtungen wie in Tegel oder in LAF-Unterkünften einzuführen.

«Die Problematik der Mangelbeschulung in Berlin ist ein strukturelles und altes Problem, das nicht durch rechtswidrige Segregation gelöst werden kann. Erstaufnahmeeinrichtungen und Gemeinschaftsunterkünfte sind Orte, die als Übergangswohnheime konzipiert wurden und auch baulich nur so genehmigt werden. Geflüchtete sollten dort keinesfalls dauerhaft wohnen bleiben, geschweige denn beschult werden. Die Schulplatznot in Berlin bedarf nachhaltiger Lösungen, mit denen der Rechtsanspruch von allen Kindern auf gleiche Bildungschancen in Regelschulen gewährleistet wird», sagt **Emily Barnickel** vom Berliner Flüchtlingsrat.

Die unterzeichnenden Organisationen fordern die Bildungsverwaltung und den Berliner Senat dazu auf, flächendeckende Maßnahmen lokal und verwaltungsübergreifend in Bezirken über beratende «Runde Tische» mit den verantwortlichen Akteur:innen zu entwickeln, die allen Kindern unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus, Zugang zur Beschulung in Regelschulen bieten. Das Recht auf Bildung für alle Kinder ist nicht vor dem Hintergrund von Kompetenzgerangel und Koalitionsstreit verhandelbar.

Es sollen dringend neue qualifizierte Lehrkräfte gewonnen werden, um dem Lehrkräftemangel entgegenzuwirken. Dafür bedarf es sowohl Qualifikationsangeboten als auch beschleunigter und vereinfachter Anerkennungen von Bildungsabschlüssen von Lehrkräften aus dem Ausland, und zwar unabhängig vom Herkunftsland. Fakt ist, dass auch ausgebildete Lehrkräfte nach Berlin migrieren und aufgrund der fehlenden gezielten Weiterqualifizierung nicht als Lehrer:innen eingesetzt werden können.

Bezirkliche und bezirksübergreifende Koordinationsebenen sollen zwischen Verwaltungen und Schulleitungen Vorschläge einbringen, die sich beispielsweise für Schichtbeschulungen und/oder Wochenendbeschulungen ausgesprochen haben. Eine langfristig innovative Lösung kann Schichtbeschulung sein, die pädagogisch von Fachexpert:innen weiterentwickelt und den Bedürfnissen und Interessen von Kindern und Familien angepasst werden.

Für das Recht auf gleiche Bildungschancen, das zu keiner Zeit verhandelbar sein darf, bedarf es innovativer und partizipativer Lösungen mit Geflüchteten- und anderen Migrant:innen-Selbstorganisationen!

Kontakt gewählte Mitglieder des Landesbeirats für Partizipation:
Alina Lange – Alina.Lange@Landesbeirat-Partizipation.Berlin und
Ceren Türkmen – C.Tuerkmen@Landesbeirat-Partizipation.Berlin

Kontakt Flüchtlingsrat Berlin e.V.:
Emily Barnickel – Barnickel@Fluechtlingsrat-Berlin.de

Kontakt Migrationsrat Berlin e.V.:
Ed Greve – Ed.Greve@Migrationsrat.de

Diese Stellungnahme wird unterstützt von (Stand 07.06.2024, 14:22):

1. ADAS – Anlaufstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen
2. AKJF – Arbeitskreis junge Geflüchtete
3. Allianz Ukrainischer Organisationen e.V.
4. Amaro Foro e.V.
5. ARTivisten e.V.
6. Asya Aldiri – Leitung Runder Tisch für geflüchtete Frauen in Treptow-Köpenick
7. AuF – Anlauf- und Fachstelle für Diskriminierungsschutz an Schulen und Kitas in Friedrichshain-Kreuzberg
8. Aufbruch Neukölln e.V.
9. Beauftragte des Berliner Senats für Partizipation, Integration und Migration – Katarina Niewiedzial
10. Beauftragte für Partizipation Friedrichshain-Kreuzberg – Sahra Nell
11. Beauftragte für Partizipation und Integration Mitte – Johanna Kösters
12. Beauftragter für Partizipation und Integration Charlottenburg-Wilmersdorf – Cem Gömüsay
13. Beauftragter für Partizipation und Integration Lichtenberg – Fabian Nehring
14. Bedcon GmbH
15. Beirat für Partizipation und Integration Lichtenberg
16. Beirat für Partizipation und Integration Marzahn-Hellersdorf
17. Beirat für Partizipation und Integration Mitte
18. Beirat für Partizipation und Integration Pankow
19. Beirat für Partizipation und Integration Spandau
20. Beirat für Partizipation und Integration Tempelhof-Schöneberg (Vorstandsteam)
21. Beirat für Partizipation und Integration Neukölln
22. BNS – Berliner Netzwerk für besonders schutzbedürftige geflüchtete Menschen
23. BQN – Zentrum für Diversitätskompetenz
24. Bund Ukrainischer Studenten in Deutschland e.V.
25. Canan Turan – film.macht.kritisch
26. Chiara Lo Russo – Beirat für Partizipation und Integration Berlin-Treptow-Köpenick
27. CineMova Ukrainian Empowerment Network e.V.
28. Club Dialog e.V.
29. CUSBU – CommUnities Support for BIPOC Refugees Ukraine
30. Decolonize Berlin e.V.
31. EOTO – Each One Teach One e.V.
32. Europa GrenzenLos e.V.
33. Fellas for Europe e.V.
34. Flüchtlingsrat Brandenburg
35. Frauenkreise Berlin e.V.
36. Frauenrat Dest Dan e.V.
37. Frieda-Frauen*zentrum e.V.
38. GIZ – Gesellschaft für interkulturelles Zusammenleben gGmbH

39. GLADT e.V.
40. glocal e.V. – machtkritische Bildung und Beratung
41. GUWBI – Gesellschaft für Urbane Wirtschaft, Beschäftigung und Integration e.V.
42. Hilfe für verletzte ukrainische Soldaten Berlin/Brandenburg
43. HÎNBÛN – Internationales Bildungs- und Beratungszentrum für Frauen und ihre Familien
44. Interaktiv e.V.
45. ISD – Initiative Schwarze Menschen in Deutschland e.V.
46. Jugend Neukölln e.V.
47. Kamerun Kultur Verein e.V.
48. KiDs – Kinder vor Diskriminierung schützen / Fachstelle Kinderwelten
49. KommMit e.V.
50. Kristin Tiffert – Teamleiterin Partizipation, FEZ-Berlin
51. KuB – Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V.
52. Kulturzentrum der Afghanen in Berlin e.V.
53. Kurdische Gemeinde zu Berlin e.V.
54. Mini Bande gUG
55. Netzwerk Reproduktive Gerechtigkeit
56. Open Platform e.V.
57. OPRA – Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt
58. Oromo Horn von Afrika Zentrum e.V.
59. Ousa Collective
60. OYA Kollektiv
61. Plast – Ukrainischer Pfadfinderbund in Berlin e.V.
62. Polnischer Sozialrat e.V.
63. POWER ME – Stärkung von Kindern gegen Rassismus
64. ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt und Bedrohung
65. RomaniPhen e.V.
66. Shyma Kiami
67. SOLWODI Berlin e.V.
68. Source d’Espoir e.V.
69. Space2groW
70. Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg e.V.
71. Ukraine-Hilfe Berlin e.V.
72. Ukrainisch-Deutsche Freundschaft e.V.
73. Ukrainisch-Deutsches Zentrum für Bildung, Kultur, Entwicklung und Freizeit «AdlerA» e.V. i.G.
74. UkrDim e.V.
75. Verein iranischer Flüchtlinge in Berlin e.V.
76. VIA – Verband für Interkulturelle Arbeit, Regionalverband Berlin/Brandenburg e.V.
77. Xenion – Psychosoziale Hilfen für politische Verfolgte e.V.
78. YAAR e.V.

Die gewählten Mitglieder
des Landesbeirats für
Partizipation



79. Yekmal – Verein der Eltern aus Kurdistan in Berlin e.V.
80. Zirkus Internationale e.V.